

**Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend**  
Frau Karin Prien – persönlich –  
Glinkastrasse 24  
10117 Berlin

Berlin, den 11. August 2025

**Brandbrief der digitalen Bildungswirtschaft:  
Ein Gesetz aus der Schreibmaschinen-Ära gefährdet Deutschlands Innovationskraft in  
der Bildung – Wir brauchen sofort die Reform des Fernunterrichtsschutzgesetzes!**

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

wir schreiben Ihnen heute in größter Sorge und wenden uns mit einer klaren Forderung an Sie: Bitte reformieren Sie das Fernunterrichtsschutzgesetz (FernUSG) und schaffen Sie damit Rechtssicherheit, Transparenz und Wirtschaftswachstum.

Das FernUSG aus dem Jahr 1976, entworfen für Fernlehrbriefe, regelt heute digitale Bildungsangebote und bedroht damit die Existenz der Anbieter sowie die Zukunft moderner (Weiter-)Bildung in Deutschland. Dieses Gesetz stammt aus der analogen Vergangenheit und prallt heute mit voller Härte auf die digitale Gegenwart – mit dramatischen Folgen für Tausende Bildungsanbieter und Millionen Lernende in Deutschland.

Seit Jahren bewegen wir uns in einem belastenden Rechtsrahmen, der der Realität digitaler Bildungsangebote nicht gerecht wird. Das jüngste Urteil des Bundesgerichtshofs (Az.: III ZR 109/24) hat uns endgültig in einen rechtlichen Albtraum katapultiert. Diese Entscheidung legt offen, was wir seit Jahren beklagen: Das FernUSG ist realitätsfern, innovationsfeindlich und gefährdet massiv den digitalen Bildungsstandort Deutschland. Die Unsicherheit ist nicht länger nur ein juristisches Problem – sie ist eine bildungspolitische Krise mit schwerwiegenden Auswirkungen auf unsere Wirtschaft.

**Unsere Branche steht wegen eines alten Gesetzes vor großen Herausforderungen**  
Statt Verbraucher und Anbieter dieser Angebote zu stärken, droht das FernUSG ihnen den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Die völlig unzeitgemäße Auslegung zentraler Rechtsbegriffe schafft ein Klima der Angst und rechtlichen Unberechenbarkeit. Anbieter wissen nicht, ob und wann sie legal handeln. Dieses Chaos ist politisch verantwortet – und deshalb politisch zu lösen.

**Reformstau wird zur Verantwortungslosigkeit**  
Seit Jahren versickert die Forderung nach einer pragmatischen Modernisierung des FernUSG in den Mühlen der Bürokratie. Jetzt ist der Zeitpunkt erreicht, an dem ein weiteres Zuwarten als mutwillige Gefährdung eines gesamten Wirtschaftssegments gewertet wird.

## **Bildungspolitik im digitalen Zeitalter heißt: Gestalten, nicht verwalten**

Der Reformstau ist nicht länger ein technisches Detail, sondern bildungspolitisches Versagen. Wir fordern keine Privilegien. Wir fordern Klarheit, Rechtssicherheit und politische Verantwortung. Wenn die Bundesregierung jetzt nicht handelt, verlieren wir nicht nur unsere Geschäftsgrundlage. Nein, dann verliert Deutschland vor allem den Anschluss an die digitale Bildungszukunft und internationale Spitze.

**Wir appellieren an Sie und die Bundesregierung**, jetzt entschlossen zu handeln, bevor ein ganzer Wirtschaftszweig ins Wanken gerät; zahlreiche Anbieter vom deutschen Markt gedrängt und der Zugang zu innovativen Bildungsformaten massiv eingeschränkt wird. Nur eine schnelle, pragmatische Modernisierung des FernUSG kann verhindern, dass Deutschland als Standort für digitale Bildung und Innovation weiter zurückfällt.

Deshalb fordern wir mit Nachdruck:

- **Digital regeln, nicht analog handeln:** Digitale Bildung ist ein zentraler Baustein der Weiterbildung, Fachkräftesicherung und gesellschaftlichen Teilhabe. Die FernUSG-Novelle muss digitale Lernrealitäten widerspiegeln. Nur so bleibt Deutschland als Bildungsstandort wettbewerbsfähig.
- **Rechtsklarheit schaffen, nicht Unsicherheit fördern:** Es darf nicht länger von der Auslegung einzelner Gerichte abhängen, ob unsere Angebote zulässig sind. Wir fordern daher ein sofortiges Moratorium für die Anwendung des veralteten FernUSG – bis eine moderne Reform mit zeitgemäßen Regelungen verabschiedet ist.
- **Innovation ermöglichen, nicht Bürokratie vermehren:** Das aktuelle Zulassungsverfahren ist zu langsam, zu teuer und zu unflexibel. Wir brauchen ein digitales, abgestuftes Zertifizierungsmodell, das Markteintrittsbarrieren abbaut und Start-Ups nicht ausbremst.
- **Verbraucher schützen, nicht zu Verlierern machen:** Das FernUSG muss für einen modernen Verbraucherschutz Vertrauen schaffen und Orientierung geben. Dafür braucht es eine Reform, die sich am ursprünglichen Zweck des Gesetzes ausrichtet und Verbraucherschutz nicht länger zur reinen Floskel verkommen lässt.

Wir bitten um ein persönliches Gespräch, um Relevanz und Dringlichkeit der aktuellen Situation sowie pragmatische Lösungen zu erörtern.

Herzlichen Dank für Ihre Zeit und mit freundlichen Grüßen

Die Anbieter der digitalen Wissensvermittlung  
und informellen Bildungsangebote in Deutschland